

Dialog

1/2015



INHALT:

Titel

Kein Rückzug ins Private **Seiten 1–2**

Kommentar

Es lohnt sich mitzumachen **Seite 2**

Interview

mit Gisela Notz **Seite 3**

In Kürze

Auszeiten regeln **Seite 4**

Kein Rückzug ins Private

// Freiwilliges Engagement in der Gesellschaft brauche professionelle Unterstützung, sagen Fachleute – eins der großen Themen des Seniorinnen- undorentags der GEW, der unter dem Motto „Alles, was Ältere stark macht“ Ende März in Leipzig stattgefunden hat. //

In Berlin sind sie auf die Straße gegangen. Seniorinnen und Senioren der GEW haben im Februar mit Afrikanern dafür demonstriert, dass sich auch Ältere mit Deutschlands früherer Kolonialpolitik auseinandersetzen. Afrikanische Initiativen hatten zu dem Gedenkmarsch für die Opfer von Sklaverei, Kolonialismus und rassistischer Gewalt aufgerufen. Das Thema Postkolonialismus beschäftigte

auch den Landesseniorenausschuss der Berliner GEW. Aktueller Anlass, die Historie kritisch zu hinterfragen und die Positionen der afrikanischen Initiativen zu unterstützen, war der staatliche Umgang mit Flüchtlingen in der Hauptstadt. Von einem Rückzug ins Private wollen auch Seniorinnen und Senioren aus anderen Landesverbänden nichts wissen. Das machten sie in Leipzig deutlich: „Mein Mann und ich haben uns noch nie abgeschottet“, sagte etwa eine Baden-Württembergerin*, die über ihre Mitarbeit im Personalrat zur GEW stieß. Sie ist außerdem ehrenamtlich in der Kirche aktiv und Jugendschöffin. Die Pädagogin, die in Altersteilzeit arbeitet, ist überzeugt: „Wer bereits vor dem Ruhestand soziale Kontakte pflegt, wird auch im Alter nicht unbedingt einsam sein.“

Wissenschaftliche Erkenntnisse geben ihr recht. „Ehrenamtliches Engagement muss in die Gesamtbiografie eingebettet sein“, berichtete Prof. Ursula Lehr aus Studien und ihrer politischen Erfahrung. „Jemand, der nie damit zu tun hatte, wird sich auch im Alter schwer tun“, sagte Lehr, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO).

Teilhabe setzt etwas voraus

Gesellschaftliche Teilhabe ist jedoch an Bedingungen geknüpft, wie Frank Berner schilderte, der die Geschäftsstelle für die Altenberichte der Bundesregierung leitet. Ihm zufolge hängt es stark von den Ressourcen eines Menschen ab, wie sehr und ob er sich für eigene Interessen und gesellschaftliche Belan-

ge einsetzen kann. Bildungsstatus und Einkommen beeinflussten die Möglichkeiten zur Partizipation. Rentnerinnen und Rentner müssten es sich finanziell erlauben können, betont Berner, sich in Initiativen zu engagieren oder an Kulturangeboten teilzunehmen. Gesundheitliche Handicaps oder Krankheiten verhinderten, dass Ältere am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Damit freiwilliges Ehrenamt nicht versiegt und eine breitere Basis für Mitwirkung entsteht, benötigten die Akteurinnen und Akteure professionelle Unterstützung. Berner spricht von „flankierenden Maßnahmen“, etwa durch Kommunen: Sei es ein Raum für Treffen, seien es Dienstleistungen oder Beratung. „Es braucht immer Hauptamtliche, die ehrenamtliche

Arbeit begleiten und mitorganisieren.“ Die Überschuldung vieler Städte und Gemeinden schränke jedoch die Hilfe für bürgerschaftliches Engagement ein, bedauert der Wissenschaftler. Kommunen sparten an den Ausgaben für die Altenhilfe, weil diese keine Pflichtleistung ist.

Es entstehen aber auch Strukturen, die alten Menschen bei politischen Entscheidungen Gehör verschaffen sollen. Kommunale Seniorenvertretungen, die sich in den 1970er-Jahren etablierten, verleihen den Forderungen und Bedürfnissen älterer Menschen gegenüber Politik und Verwaltung Gewicht. Ihre Zahl sei deutschlandweit auf rund 1 500 gestiegen, ermittelte Christine Blanckenburg vom Nexus-Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre

Forschung. Die Teilhabe alter Menschen sei rechtlich in Seniorenmitwirkungsgesetzen verankert. Das erste von vieren in den Bundesländern trat 2006 in Berlin in Kraft. Die „Würdigung des Engagements von Seniorenvertreterinnen und -vertretern durch den Gesetzgeber“ schaffe ein „wirkungsvolles Gegengewicht“ zu „vielfältigen Formen der Nichtachtung von älteren Menschen und ihren Äußerungen“ in der Politik, schreibt Blanckenburg in einem Beitrag über Seniorenmitwirkungsgesetze.

Barbara Haas,
freie Journalistin

***Die Teilnehmerin möchte namentlich nicht genannt werden.**

Es lohnt sich mitzumachen



Foto: Kay Henschelmann

MARLIS TEPE

Unsere Ziele als Gewerkschaft sind gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen für alle im Bildungswesen. Diesen Anspruch können wir nur mit Alt und Jung gemeinsam verwirklichen. Wie wir die Freude an der Erwerbstätigkeit erhalten, Beruf mit Familie und Pflege vereinbaren und im Alter gut leben können, ist eine Frage, die alle angeht. Die Zahlen sprechen dafür, dass die Stimme der Älteren in dieser Debatte Gewicht hat. In der GEW wächst die Zahl der Mitglieder im Alter von 56 bis 65 Jahren, ihr Anteil beträgt aktuell 29 Prozent. Die Gruppe der Seniorinnen

und Senioren macht 16,6 Prozent aus. Erfahrungsgemäß wünscht sich allerdings nur etwa ein Drittel der Ruheständler den Austausch mit anderen und beteiligt sich an Gewerkschaftsangeboten. Dabei ist es nicht einfach, besonders in Flächenländern, ein Programm für alle Mitglieder zu gestalten – noch dazu, wenn die Inhalte die Interessen der Menschen mit einem Altersunterschied von zum Teil 30 Jahren abdecken sollen. Wenn aber viele mitziehen, kann daraus mehr Teilhabe erwachsen, sodass Senioren auch gerne in der GEW bleiben. Wir möchten ältere Menschen für die gewerkschaftspolitische Arbeit begeistern. Sie haben in unserer Gewerkschaft Satzungsrechte und sollten im DGB auch mehr Rechte bekommen, um ihre Standpunkte einzubringen. Ihr Engagement ist sehr wichtig, geht es doch um gleiche Chancen für Alte und Junge. Seniorinnen und Senioren bringen langjährige Erfahrung in die gewerkschaftliche Arbeit ein und haben Zeit, Probleme in Ruhe zu durchdenken.

Wie sehr es sich lohnt mitzumachen, zeigte die Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder (s. S. 26 ff). Hier ging

es nicht zuletzt um Chancengleichheit im Alter. Wir haben für eine deutliche Tarifierhöhung und eine Entgeltordnung für angestellte Lehrerinnen und Lehrer (L-EGO) gekämpft, damit diese deutlich besser bezahlt werden als bisher. Wie Berufe bewertet, eingruppiert und entlohnt werden, hat Einfluss darauf, wie viel Rente die Beschäftigten später bekommen. Wir fordern, dass das Ergebnis dieser Tarifrunde zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Pensionärinnen und Pensionäre übertragen wird. Die Haltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zur Zusatzversorgung (VBL) zeigt, dass Rücklagen für das Alter künftig keineswegs sicher sind. Die Arbeitgeber hatten ursprünglich Eingriffe in die betriebliche Altersversorgung zur Voraussetzung dafür gemacht, dass über Gehaltssteigerungen verhandelt wird. Die Seniorinnen und Senioren haben sich an den Protestaktionen beteiligt und halfen damit, diese Taktik zu durchkreuzen. So stärkten sie sich und die GEW.

Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

„Ein politischer Auftrag“

// Das Motiv älterer Menschen, sich ehrenamtlich zu engagieren, hat sich gewandelt. Sie möchten heute nicht mehr nur karitativ tätig sein, erklärt Sozialforscherin Gisela Notz. Sie wollten auch die Gesellschaft verändern. //

Dialog: Warum ist bei Eintritt ins Rentenalter oft vom „Unruhestand“ die Rede?

Gisela Notz: Mir gefällt der Begriff Unruhestand genauso wenig wie der des Ruhestandes für die Zeit nach der aktiven Erwerbstätigkeit. Denn das suggeriert, dass man rastlos nach Beschäftigung suche, dass der Hauptlebensinhalt – die Berufstätigkeit – verloren gegangen und man unausgelastet sei.

Dialog: Wie groß ist das Bedürfnis nach neuen Betätigungsfeldern?

Notz: Manche Menschen suchen wirklich. Für sie gibt es zum Beispiel die Freiwilligenagenturen, die Interessierte dorthin lenken, wo sie gebraucht werden. Viele müssen aber gar nicht suchen. Gerade ältere Frauen sind bereits familiär eingeplant, auf die Enkel aufzupassen und Gutes zu tun für die Familie oder die Nachbarn.

Dialog: Fürsorge-Aufgaben übernehmen meistens Frauen. Tun sie das auch im Ruhestand?

Notz: Ich stelle immer wieder fest, dass sich Frauen dort einfinden, wo man sie

„Frauen finden sich dort ein, wo man sie haben will.“

Gisela Notz

haben will. In der Altenpflege engagieren sich fast ausschließlich weibliche Kräfte. Oft leisten junge Frauen bereits soziale Arbeit; als Schülerinnen sind meist sie es, die der Oma helfen. Ich

erlebe aber immer öfter, dass Frauen diese Rolle im Alter nicht mehr ausfüllen wollen und sagen: Ich habe genug für andere gesorgt. Jetzt habe ich Lust, etwas anderes zu machen. Das kann ein Ehrenamt sein, genauso gut aber eine Freizeitbeschäftigung wie Wandern. Das Grundprinzip ist Freiwilligkeit. Wenn jemand nichts machen will, muss das auch in Ordnung sein.

Dialog: Was treibt gerade Seniorinnen an, ein Ehrenamt zu übernehmen?

Notz: Bürgerschaftliches Engagement braucht die älteren Frauen. Viele üben es aus, weil sie Sinnvolles tun und weil sie nicht zum „alten Eisen“ gehören wollen. Vielleicht möchten sie auch noch mal was ganz Neues ausprobieren. Frauen wird häufig unterstellt, dass sie für andere da sein wollen, einsam seien, vor allem wenn sie allein leben. Die Angst vor Einsamkeit im Alter wird genutzt, um insbesondere Frauen für ein Ehrenamt zu gewinnen. Es heißt, wer eine Aufgabe hat, bleibe gesünder, lebe länger und habe mehr Spaß. Das Deutsche Zentrum für Altersfragen hat herausgefunden, dass Frauen und Männer dieselben Motive haben, sich zu engagieren. Beide Geschlechter geben an, dass sie die Gesellschaft mitgestalten wollten. Ein Unterschied zu früheren Jahren. Damals stellten Erhebungen immer fest, dass sie Gutes tun wollten.

Dialog: Begreifen sie das Ehrenamt als soziale Verpflichtung?

Notz: Alte Menschen haben im Laufe ihres Lebens eine Menge Erfahrungen gesammelt. Frauen, die jetzt in Rente gehen, sind besser ausgebildet als die Elterngeneration. Sie hinterfragen manches kritisch. Das ist auch ein Ausdruck politischer Kompetenz. Dieses Potenzial wollen sie weitergeben. Ich finde, dass es auch weitergegeben werden muss. Allerdings freiwillig. Das Ehrenamt hat aber auch einen politischen Auftrag. Ältere können dabei mitwirken, soziale und politische Missstände aufzudecken, nach den Ursachen zu fragen und öffentlich darauf zu drängen, dass sich etwas verändert. Aber: Viele Rentnerinnen und Rentner können es sich

gar nicht leisten, sich freiwillig zu engagieren.

Dialog: Warum?

Notz: Mit dem bisschen Geld, das von der Rente übrig bleibt, unterstützen viele Seniorinnen und Senioren die Familie. Viele alte Menschen erhalten auch so wenig Rente, dass sie zusätzlich



Foto: privat

Gisela Notz ist Soziologin im Ruhestand. Sie arbeitet freiberuflich in Berlin, unter anderem zu den Themen ehrenamtliche Arbeit und bürgerschaftliches Engagement.

Grundsicherung beantragen oder sich noch etwas dazuverdienen müssen. Nur wenn die existenzielle Versorgung gesichert ist, können sie sich unentgeltlich für das Gemeinwohl engagieren. Wir brauchen deshalb dringend eine Mindestrente.

Dialog: Welchen Gewinn bringt die ehrenamtliche Tätigkeit wiederum dem Gemeinwohl?

Notz: Sie ist total wichtig. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer nutzen viel und kosten wenig. Ehrenamt wird als Ressource eingesetzt, um eingesparte hauptamtliche Stellen kostengünstig wiederzubetzen. Wenn es das Ehrenamt nicht gäbe, würden Altenarbeit, Gesundheitsversorgung sowie der Sozial-, Erziehungs- und Kulturbereich zusammenbrechen. Ehrenamtliche Arbeit kann aber nur erfolgreich sein, wenn die professionelle Versorgung der Hilfe- und Betreuungsbedürftigen gesichert ist.

Barbara Haas,
freie Journalistin

Auszeiten regeln

// Wie Pflege künftig organisiert wird und wer sie übernimmt – ein weiteres wichtiges Thema während des Seniorentages der GEW in Leipzig. //

Die Familie kann Pflege in Zukunft immer seltener leisten. Das haben Expertinnen und Experten auf der Veranstaltung festgestellt. Neue Strukturen für



Fotos: Anne Jentler

Die Bundesregierung setzt bei Pflegebedürftigen auf Hilfe aus der Nachbarschaft. Dafür, sagte Elke Ferner (SPD), Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, wolle der Bund professionelle Dienste und Ehrenamt verknüpfen.

die Betreuung alter und kranker Menschen seien nötig, betonten sie. Denn es komme immer häufiger vor, dass Familien nicht am selben Ort wie die Pflegebedürftigen wohnen. Zudem stünden weniger weibliche Angehörige für die Betreuung zur Verfügung, weil immer mehr Frauen erwerbstätig sind. Daher setzt die Bundesregierung auf Hilfe aus der Nachbarschaft. Dafür wolle der Bund professionelle Dienste und Ehrenamt verknüpfen, kündigte Elke Ferner (SPD), Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, an.

„Längere Auszeiten“

Die Sozialwissenschaftlerin Prof. Uta Meier-Gräwe empfahl, haushaltsnahe Dienstleistungen und nicht nur Pflege staatlich zu organisieren. Als positives Beispiel hob sie die Gemeindepflegerinnen in Schweden hervor. Diese leisteten

zudem „präventive Vorsorgearbeit“, lobte Meier-Gräwe.

GEW-Vorstandsmitglied Frauke Gützkow forderte, dass die Leistung Pflegenden besser finanziell abgesichert werde. In der Rentenversicherung sollten Pflegezeiten anerkannt werden. Gützkow setzt sich für eine dem Elterngeld ähnliche Lohnersatzleistung ein und will für pflegende Angehörige die berufliche Freistellung in Tarifverträgen regeln. Längere Auszeiten seien erforderlich, unterstrich auch Jürgen Gohde vom Kuratorium Deutsche Altershilfe – vor allem für die Betreuung todkranker Menschen. Er bedauerte bei der Podiumsdiskussion, dass Pflege bisher weder in der Arbeitswelt noch in der Gesellschaft ein Zukunftsthema sei. Die Analyse der Pflegestärkungsgesetze durch Simone Leiber untermauerte Gohdes Einschätzung. Die Professorin für Sozialpolitik stützte sich auf eine Studie des Zentrums für Qualitätssicherung in der Pflege, nach der 72 Prozent der Betriebe auch künftig keine Angebote machen wollten, wie Pflege und Beruf vereinbart werden könnten. Gerade in kleineren Betrieben würde schon mehr Flexibilität ausreichen, um

Betroffene zu unterstützen, sagte Leiber. Positiv seien informelle Regelungen und ein Klima des Vertrauens, damit die Pflegenden ihre Nöte und Sorgen ansprechen könnten.

Ursula Lehr, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen widersprach in der Debatte der weit verbreiteten These vom Generationenkonflikt in der Gesellschaft. Sie habe den Eindruck, dieser werde von der Politik eher herbeigeredet.

Modelle flexibler Übergänge vom Beruf in die Rente stellte schließlich Dirk Neumann vom DGB vor. „Es darf kein ökonomischer Zwang entstehen, über das gesetzliche Rentenalter hinaus zu arbeiten“, betonte der Referatsleiter Alterssicherung. Bereits ab 60 Jahren sollten Erwerbstätige eine Teilrente erhalten können.

Barbara Haas, Sven Heitkamp, freie Journalisten

Eine ausführliche Berichterstattung mit Video und Vorträgen finden Sie auf der GEW-Homepage: www.gew.de/Alles_was_Aeltere_stark_macht.html.



Zum Abschluss des Seniorentages diskutierten (v. l. n. r.) Jürgen Gohde, Vorstandsvorsitzender Kuratorium Deutsche Altershilfe, Ursula Lehr, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, Moderator Wolfgang Storz und GEW-Vorstandsmitglied Frauke Gützkow über die Zukunft der Pflege.